

Landeten Edmund Dillingers Tagebücher in der Müllverbrennungsanlage?

Die saarländische Polizei soll die Tagebücher und belastende Fotos des Priesters Edmund Dillinger verbrannt haben. Trierer Sonderermittler und die Missbrauchsvereinigung MissBit sind entsetzt.

VON LARS HENNEMANN

SAARBRÜCKEN/TRIER Die saarländische Polizei hat offenbar Beweismittel aus der Hinterlassenschaft des verstorbenen Priesters Edmund Dillinger fast vollständig verbrannt. Dies sagte Dillingers Neffe Steffen Dillinger jetzt im Gespräch mit der „Rhein-Zeitung“. Die Redaktion der in Koblenz erscheinenden Zeitung stellte daraufhin am Dienstagmorgen umfangreiche Rückfragen an das saarländische Landespolizeipräsidium, die Staatsanwaltschaft Saarbrücken und an das saarländische Innenministerium. Die Staatsanwaltschaft teilte am Mittwochmittag mit, dass eine Stellungnahme „voraussichtlich spätestens im Laufe des kommenden Freitags“ zu erwarten sei.

Edmund Dillinger hat jahrzehntelang Jugendliche missbraucht und dabei gefilmt Edmund Dillinger, ehemaliger Priester des Bistums Trier, hatte ab den 1970er-Jahren über Jahrzehnte Jugendliche und junge Erwachsene sexuell missbraucht und diesen Missbrauch auf Hunderten von Filmen festgehalten. Nach seinem Tod im November 2022 fand sein Neffe die Bilder und vieles mehr im völlig verwahrlosten Haus des Priesters in Friedrichsthal im Saarland. Die „Rhein-Zeitung“ machte im April den Fall öffentlich, der seither für bundesweite Aufmerksamkeit in Kirchenkreisen und bei Betroffenen sorgt.

Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken hatte daraufhin Ermittlungen aufgenommen, um zu klären, ob es noch lebende Mitwisser und Mittäter Edmund Dillingers gibt. Unter anderem Gerhard Robbers, Vorsitzender der Kommission des Bistums Trier zur Aufklärung der Missbrauchsthematik, hatte im April ungefragt von „vagen Hinweisen auf ein Täternetzwerk“ gesprochen. Die Staatsanwaltschaft fand jedoch



Viele Fragen sind im Fall des verstorbenen Priesters Edmund Dillinger weiter offen. Ein Teil wird sich wohl auch nicht mehr beantworten lassen. Wohl auch, weil die saarländische Polizei einen Teil der Tagebücher verbrannt hat.

SYMBOLFOTO: VIORIKA/ISTOCK

keinerlei Hinweise darauf und stellen deshalb ihre Ermittlungen kürzlich ein.

Neffe hat Beweismaterial von Polizei zurückgefordert - Polizei hat Material verbrannt Daraufhin wollte Steffen Dillinger als rechtmäßiger Eigentümer des für die Ermittlungen beschlagnahmten Materials dieses wieder abholen. „Ich habe dies dem Präsidium telefonisch angekündigt.“ Bei dem Material habe es sich vor allem um die Tagebücher und die schriftliche Korrespondenz seines Onkels gehandelt. Beides hätte Staatsanwaltschaft noch bedeutsam für die weitere Aufklärung und die Zusammenarbeit mit Missbrauchsoffern sein können. „Lediglich die furchtbaren Bilder wollte auch ich nicht mehr haben und habe dies dem Präsidium auch gesagt“, so Dillinger.

Als er vergangene Woche dann im Präsidium erschien, habe man ihm dort jedoch gesagt, dass fast das gesamte Material in die Müllverbrennung gebracht worden sei. Und

nicht nur das: Zwei Beamte seien sogar mit in die Anlage gefahren, um zu beobachten, dass das Material auch tatsächlich vernichtet werde. Auf wessen Veranlassung und auf welcher Sach- und Rechtsgrundlage dies offenbar geschehen ist, ist zumindest zur Stunde völlig unklar. Allerdings erinnert alles in seiner Wiederholung sofort an einen Satz von Gerhard Robbers, den er bereits im April zu Steffen Dillinger gesagt hatte: „Am besten verbrennen Sie dieses Material.“

Insgesamt, so Steffen Dillinger, habe es sich um „etwa einen halben Raum voller Unterlagen“ gehandelt, die von der Polizei im Haus in Friedrichsthal sichergestellt worden seien. Er liegt wenn das Material nach Einschätzung des Landespolizeipräsidiums für die Polizei nicht relevant sei – für die Opfer stelle sich

das völlig anders dar. Viele Betroffene und ihre Hilfsorganisationen, darunter auch der Verein Missbit im Bistum Trier, hätten, so Dillinger, „große Hoffnung auf den Inhalt der Dokumente gesetzt“.

„Edmund Dillinger war der Anführer einer Szene, die sich ihre Opfer gegenseitig zugeführt und Fotos gemacht hat. Die haben damit regelrecht geprahlt“

Ein 67-Jähriger, der mit der „Rhein-Zeitung“ über Edmund Dillinger und dessen Netzwerke gesprochen hat.

Erfahrene Polizisten und Juristen aus Rheinland-Pfalz, von der „Rhein-Zeitung“ dazu befragt, bewerten den Vorgang in Saarbrücken in einer ersten Einschätzung als in „hohem Maße ungewöhnlich“. Üblicherweise vernichte die Polizei lediglich Waffen, Drogen und Munition – und auch das nur nach einem Urteil oder richterlichen Beschluss.

Sonderermittler entsetzt - Tagebücher unersetzlich für Aufklärung der zig Missbräuche Steffen Dillinger zeigt sich entsetzt: „Vor allem die Tagebücher waren unersetzlich für die weitere Aufklärung.“ Auch der vom

Bistum Trier eingesetzte Sonderermittler und ehemalige Koblenzer Generalstaatsanwalt Jürgen Brauer sieht dies so. Brauer hatte selbst einen – bislang unbeantworteten – Antrag auf Einsichtnahme in das Beweismaterial gestellt und erfährt jetzt von der Redaktion der „Rhein-Zeitung“ von dessen mutmaßlicher Vernichtung. „Dann kann ich meine Arbeit eigentlich jetzt so gut wie einstellen“, so seine erste Reaktion. Zumal die Missbrauchsopfer aus menschlich verständlichen Gründen nur sehr zögerlich mit ihm redeten.

Möglicherweise beginnt genau dieses Schweigen der Opfer allerdings nun zu bröckeln, weil diese an anderer Stelle zu reden beginnen. Die Berichterstattung über Edmund Dillinger hat eine bundesweite Vernetzung und Solidarisierung unter Betroffenen ausgelöst. In Gesprächen mit ihnen wird deutlich, dass Edmund Dillinger möglicherweise doch kein Einzelgänger gewesen sein könnte. „Edmund Dillinger war der Anführer einer Szene, die sich ihre Opfer gegenseitig zugeführt und

Fotos gemacht hat. Die haben damit regelrecht geprahlt“, betont ein heute 67-jähriger Mann (Name und Anschrift sind der Redaktion der „Rhein-Zeitung“ bekannt), der wie andere noch anonym bleiben will. „Wir leiden bis heute alle unter dem, was passiert ist.“ Wie groß diese Täterszene gewesen ist, sei allerdings nur schwer einzuschätzen.

Offenbar gab es ein Netzwerk mehrerer Täter neben Edmund Dillinger Feststehe, dass der Kreis um Dillinger, so der Mann in einem Telefonat mit der Redaktion der „Rhein-Zeitung“, in mehreren deutschen Bistümern aktiv gewesen sei, darunter dem Bistum Trier. Dillinger habe sogar nicht davor zurückgeschreckt, anderen Priestern gegen Geld Jugendliche für sexuellen Missbrauch zuzuführen. Die Treffpunkte dafür seien bekannt gewesen. Sogar zu schweren körperlichen Verletzungen eines heute noch lebenden Opfers sei es dabei gekommen. Auch dieses Opfer ist der Redaktion der „Rhein-Zeitung“ namentlich bekannt.

Das Bistum Trier hatte zwar bereits 2012 nach wiederholten einschlägigen Hinweisen ein Zelebrationsverbot gegen Edmund Dillinger ausgesprochen, den Fall aber ansonsten verschwiegen. Seinerzeit mit dem Vorgang betraute Personen stehen gemäß Aussagen der Opfer bis heute in Diensten der katholischen Kirche, zum Teil in Trier, zum Teil in anderen Bistümern. In Trier war Dillinger schon vor der Berichterstattung des Jahres 2023 umfangreich aktenkundig.

Gemäß Informationen der „Rhein-Zeitung“ füllen Informationen zu ihm in einer vorläufigen Stoffsammlung zur Missbrauchsthematik offenbar mehr als 100 Seiten. Der Trierer Bischof Ackermann hatte im April im Interview betont, dass die Aufklärung so schnell und gründlich geschehe wie möglich.

Wie es nun weitergehen könnte, ist offen. Steffen Dillinger, gegen den selbst noch ein Strafverfahren in Mainz anhängig ist, weil er unfreiwillig über das Erbe seines Onkels in den Besitz strafbaren Bildmaterials gelangte, will sich dazu erst einmal mit seinem Rechtsbeistand beraten. So viel steht für ihn aber bereits fest: „Ich werde nach wie vor mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aufklärung beitragen und lasse mich durch diesen erneuten Rückschlag nicht entmutigen.“

CDU-Politiker irritiert mit Klima-Aussage

Mit seinen Aussagen zum Klimawandel hat der rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Erwin Rüdell für Kritik gesorgt. Auch die eigene Partei geht auf Distanz.

VON SEBASTIAN STEIN
UND BASTIAN HAUCK

MAINZ/NEUWIED Der rheinland-pfälzische CDU-Bundestagsabgeordnete Erwin Rüdell hat mit Aussagen zum Klimawandel auf dem Kurznachrichtendienst Twitter Aufsehen erregt. Rüdell hatte am Sonntag einen Tweet weiterverbreitet, in dem ein Artikel mit der Überschrift „Die CO₂-Theorie ist nur geniale Propaganda“ verlinkt war. Der Bericht stammt aus der Tageszeitung „Welt“ aus dem Jahr 2011 und stellt den menschengemachten Klimawandel infrage. Seine eigenen Thesen führte Rüdell auf seiner Internetseite etwas breiter aus: Es grenze an „Hybris“ – also Anmaßung – zu behaupten, die Menschen hätten einen gesicherten Einfluss auf die Erderwärmung um 1,5 Grad. Seine Ausführungen paarte er mit einer Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

„Er liegt in der Sache völlig daneben“ Kritik erhielt der Neuwieder Bundestagsabgeordnete aus seinen eigenen Reihen. Sein Parlamentskollege Ruprecht Polenz erklärte

gegenüber „ZDF-Frontal“, dass die Unionsfraktion einmütig beschlossen habe, im Bundestag die Pariser Klimaziele erreichen zu wollen. Polenz sagte weiter: „Wer dies mit einer Leugnung des menschengemachten Klimawandels infrage stellt, schadet diesem Ziel. Er liegt auch in der Sache völlig daneben.“

CDU Landeschef Baldauf: Das ist seine Privatmeinung „Was sagt eigentlich Christian Baldauf zu Klimaleugner:innen in den eigenen Reihen“, twitterte der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär, Marc Ruland, als Reaktion. Auf Anfrage unserer

Zeitung geht der Landesverband der rheinland-pfälzischen CDU vorsichtig auf Distanz. „Es handelt sich bei den Äußerungen um Erwin Rüdells private Meinung“, sagte Parteichef Christian Baldauf.

Etwas ausführlicher antwortete die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Ellen Demuth gegenüber unserer Zeitung: „Ich kenne Erwin Rüdell seit 20 Jahren. Er ist für seine markanten Aussagen bekannt. Er ist eben ein ‚altes Original‘.“ Sie vertrete, genauso wie die Bundestagsfraktion sowie die Bundespartei, eine andere Auffassung, „finde den ganzen Sach-

verhalt aber nicht so dramatisch.“ In einer Volkspartei wie der CDU könne und müsse man sich eine „gewisse Meinungsvielfalt“ leisten können, so Ellen Demuth.

Rüdells letzte Legislaturperiode im Bundestag Rüdell selbst legte am Donnerstag mit einer Pressemitteilung nach. Er verweise sich gegen die erhobenen Vorwürfe. Kritiker ließen zentrale Argumente unter den Tisch fallen. Man müsse sich „überlegen, wo wir – außerhalb unseres Landes – mit geringeren Mitteln mehr im Sinne globaler Effekte erreichen können als im Inland“. Weder Deutschland allein noch die Europäer hätten die Chance, den Klimawandel aufzuhalten. Gegenüber unserer Zeitung erklärte Rüdell, der seit 2009 im Bundestag sitzt und nach dieser Legislatur aus dem Parlament ausscheiden wird: Der Mensch habe in den vergangenen Jahrzehnten Einfluss auf das Klima genommen, es müsse aber weltweit Maßnahmen geben, um den Einfluss zu minimieren. Außerdem brauche man „gute Projekte“ zur Klimaanpassung „anstatt Klimahysterie zu erzeugen“.



Erwin Rüdell ist CDU-Bundestagsabgeordneter aus Neuwied.

FOTO: PRIVAT

Letzte Generation plant Proteste auch in Trier

BERLIN/DÜSSELDORF (dpa) Die Klimaschutzgruppe Letzte Generation plant für heute bundesweit – **darunter nach TV-Informationen auch in Trier** – Proteste. Anlass ist der aus ihrer Sicht unzureichende Einsatz der Bundesregierung für weniger klimaschädliche Treibhausgase speziell im Verkehr, wie ein Sprecher am Donnerstag auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur in Berlin erklärte. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) habe trotz rechtlicher Verpflichtung kein Sofortprogramm vorgelegt, um die im Klimaschutzgesetz festgelegten Höchstmengen einzuhalten. „Es wird morgen ein besonderes Protestbild geben, das den

Gesetzesbruch der Regierung transparent macht“, erklärte der Sprecher. Wann und wo Aktionen stattfinden, wurde nicht konkret mitgeteilt.

Am Donnerstag hatten sich Aktivisten der Gruppe Zugang zu den Flughäfen in Düsseldorf und Hamburg verschafft und mit Blockaden vorübergehend für mehrere Stunden den Flugverkehr lahmgelegt. Ansonsten sind seit Monaten gängige Protestformen, dass sich Aktivisten auf Straßen oder an Gebäuden festkleben beziehungsweise Gebäude oder Ähnliches mit Farbe besprühen.

Produktion dieser Seite:
Alexander Schumitz



Polizisten stehen auf dem Flugfeld in Düsseldorf und versuchen Aktivisten der Gruppe Letzte Generation vom Asphalt zu lösen.

FOTO:
DAVID YOUNG/DPA